

Antipolitik als Dissidenz

VON DER POLITISCHEN KRITIK ZUR KRITIK DES POLITISCHEN

Worum geht es in diesem Artikel nicht? Ich werde z.B. oft gestellte Fragen nicht stellen, etwa: Welche Politik ist notwendig? Was soll Politik? Wie können wir Politik reformieren, ja erneuern? Diese Fragen, für mich äußerst beschränkte Fragen, stelle ich allesamt nicht oder nur am Rand. Sie erscheinen mir zweit- und dritrangig und es ist schon Genüge getan, dass man ihnen sowieso ob der medialen Omnipräsenz nicht entfliehen kann. Daher verschone ich Sie. Mein Ziel ist auch nicht, Sie zu illusionieren, sondern zu desillusionieren.

von Franz Schandl

Wir wollen hier vielmehr einige gängige Selbstverständlichkeiten hinterfragen, daher werde ich versuchen, die Perspektive insgesamt zu verrücken. Durch diese Verrückung wird freilich einiges in einem anderen Licht erscheinen. Nicht: *Was soll Politik?*, sondern: *Was kann Politik?* ist eine dieser Fragen. Und auch: Ist sie unumgänglich, also so etwas wie eine Konstante der Gesellschaftlichkeit, ja gar der gesamten Menschheitsgeschichte?

Gemeinhin hat uns Politik als eine eherne Bedingung des Daseins zu erscheinen. Sie wird beschrieben als das Zentrum der Gesellschaft, eine sich selbst setzende Struktur, die schon könnte, wenn sie wollte, wie sie sollte. Der aktuellen Ohnmacht der Politik begegnet man allseits mit einem Postulat der Potenz, das suggeriert, dass die Schwäche aus der Selbstschwächung rührt, die jederzeit auch wieder durch eine Selbstermächtigung abgelöst werden könnte. Politik gehört in diesem Weltbild der Politik selbst. Sie ist Ort und Hort der Freiheit. Wenn uns etwas nicht passt, reicht es, Politiker:innen und

Regierungen auszuwechseln, indem wir einfach andere Parteien wählen. Politisierung ist eine positive Kategorie, Entpolitisierung ein abwertender Begriff, daher muss Repolitisierung das Ziel sein.

In der Folge widme ich mich drei Komplexen: 1) Was ist Politik? 2) Was verstehe ich unter Antipolitik 3) Lob der Politikverdrossenheit.

Was ist Politik?

Vorausschicken möchte ich, dass zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Wort „Politik“ noch weitgehend unbekannt war und kaum verwendet wurde. Bei Kant und Hegel etwa kommt dieser Terminus erst embryonal vor. Politik als Begriff machte im deutschen Sprachraum frühestens mit und nach 1848 Karriere. Er ist also relativ jungen Datums.

Traditionell wird der Politik Macht zugeschrieben: „Unser Schicksal ist die Politik“ (Max Weber), so könnte man den gängigen Konsens umschreiben. Politiker:innen erscheinen als

potenziell Mächtige, ermächtigt durch das Wahlvolk. Kurzum: Politik bestimmt die Welt. Dieses Bewusstsein, das wir als ein bürgerliches Pflichtbewusstsein bezeichnen würden, ist in den letzten Jahren allerdings brüchig geworden. So recht will niemand mehr daran glauben, auch wenn die Verlautbarungen noch in die gleiche Richtung gehen, ja sogar an Penetranz zulegen.

Dadurch, dass Politik die Gesellschaft moderiert, erscheint sie als wahres Zentrum, gar als jenes, das eigentlich die Gesellschaft leitet. „Noch heute wird gesellschaftliche Integration oder Lösung aller anderswo nicht lösbarer Probleme zentral von der Politik erwartet“, schreibt Niklas Luhmann. Die sich wiederholenden Enttäuschungen, die die Politik dann liefert, gründen darauf, dass man ihr und sie sich selbst permanent eine Lösungskapazität bescheinigt, die sie ganz einfach nicht hat. Sie kann nicht, was sie verspricht, aber sie muss versprechen, was sie nicht kann. Regieren kommt jedenfalls von Reagieren. Auch wenn das etymologisch nicht stimmt, chronologisch ist es richtig.

Politik ist eine von der Verwertung (d.h. von der kapitalistischen Ökonomie) abhängige Größe. Schon dass sie mit dem gleichen Medium, d.h. dem Geld hantieren muss, zeigt ihre Subordination. Auch auf höchster Ebene ist Politik Verwaltung, nicht Gestaltung. „Wer Politik treibt, erstrebt Macht“ (Max Weber), ist so bloß hartnäckiger Schein. Politik ist eben nicht praktizierte Staatsbürgerkunde, sondern Über- und Umsetzung gesellschaftlicher Notwendigkeiten, die bestimmten Basislogiken und darauf aufbauend Basisbewegungen folgen, in die Sprache des Geldes (Budget) und des Rechts (Gesetzgebung).

Politik ist eine immanente Form. Die Form, in der man agiert, ist das staatsbürgerliche Interesse im

Besonderen (Rechtssubjekt zu sein) respektive das bürgerliche Interesse im Allgemeinen (Geld verdienen). Durch dieses Agieren bestätigen die Praktikant:innen die vorausgesetzten Bedingungen, gehen nicht über sie hinaus, sondern erfüllen sie. Politik ist der öffentliche Spielraum, also Spielzimmer, der Staatsbürger:innen. Politiken mögen verschieden sein, aber ihre Grundstruktur zwingt sie, die aktuelle kapitalistische Verwertung zu bedienen. Was nicht heißt, dass das immer gelingt, noch dass man das immer will, aber die Resultate zielen in diese Richtung, weil sie den Vorgaben nicht entfliehen können. Dafür ist Politik prädestiniert, alles andere ist Werbung und Ideologie, also Selbstbespiegelung.

Das Politische determiniert sich als bürgerlich, wenn schon nicht bürgerlich gewesen, so stets als bürgerlich geworden. Politik ist ein staatsbürgerliches und bürgerliches Programm. Mit ihr kann nur so weitergemacht werden wie bisher. Politik erscheint den Bürger:innen als das Feld ihrer Selbstbestimmung, indes sie doch nur das öffentliche Terrain ihrer Selbstknechtung darstellt. Der Modus der Politik garantiert die Herrschaft der Form. Politik ist demnach Teil des gesamtbürgerlichen Ensembles der kapitalistischen Gesellschaftsformation (Staat, Recht, Ideologie, Arbeit, Geld, Wert und Werte). Sie ist nichts, was über diese Verhältnisse hinausreichen könnte. Politik hat keine Perspektive und Politik ist keine Perspektive. Keine neue, keine alternative, keine ökologische, keine revolutionäre Politik wird daran etwas ändern. Die Zukunft der Politik liegt, so meine Prognose, in der Notstandsverwaltung ökologischer und ökonomischer, sozialer, medizinischer und mentaler Dauerkrisen. Daher sollte sie keine Zukunft haben. Emanzipation ist jenseits des politischen Wirkens zu deuten und zu konzipieren.

Politik hat in den letzten Jahrzehnten auch ihre weltanschauliche Autonomie differenter Programmatiken weitgehend eingebüßt. Die allgemeine Tendenz weist Richtung Uniformierung. Vor allem ist Politik heute eherer Bestandteil der Kulturindustrie, kein Ort der Selbstbestimmung, sondern ein Zauberministerium der Reklame in der medialen Öffentlichkeit. „Was drücken wir ihnen rein?“ ist die obligate wie zynische Frage jeder, also auch politischer Werbung. Sie fällt damit ein vernichtendes Urteil über das Publikum, das sie behandelt. Nicht die Lage der Menschen ist Richtschnur, wohl aber deren Stimmung. Wer Politiker:in ist, kann die Leute (vor allem auch die eigenen Anhänger:innen) nur verachten für das, was sie sich bieten lassen. Die meisten tun das auch, aber sie sagen es nicht. Dafür erzählen sie dem sogenannten Souverän die selige Geschichte vom Mündigen, denn die wird von allen Hörigen gerne gehört. Die Unwahrheit ist den Menschen nicht nur zumutbar, diese Täuschung wie Selbsttäuschung ist elementar. Politik ist Teil des kulturindustriellen Spektakels. Dazu ist sie gut, mehr kann sie nicht.

Politik meint, wird sie praktisch, Reinterventionismus. Reinterventionismus deshalb, weil dieser primär reaktiv, nicht aktiv vollzogen wird. Politik folgt der Gesellschaft, nicht umgekehrt. In den unterschiedlichsten Ausformungen eines akzentuierten Wollens (Parteien, Verbände, Bewegungen etc.) fluktuiert sie stets um die realfiktive gesellschaftliche Gesamtnotwendigkeit. Politik, in welcher Weise auch immer, ist nichts anderes als die Festsetzung von geringfügigen Abweichungen gesellschaftlicher Vorgaben der Verwertung. Ein Hinterherhinken. Dieser Umstand kommt heute immer mehr zu sich, wurde bisher allzu sehr durch die Scheindominanz verschiedenster Ideologien verschleiert. Politik ist umgekehrt vielmehr

die staatliche Pragmatik der gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Die staatsbürgerliche Freiheit besteht in nichts weniger als in der Einsicht in ebendiese. In der absolut kruden Formel des „realistisch sein“ drückt sich das gut aus.

Politik und somit auch Wahlen sind dazu da, dass sich das, was sich blind hinter dem Rücken der Menschen durch ihre Handlungen herstellt, nachträglich oder vorsorglich als freie Entscheidung rechtfertigt. Der Zyniker Luhmann sprach daher von einer „retrospektiven Sinngebung“: „Was schon entschieden ist, muss ständig neuen Beschreibungen ausgesetzt werden, um es anzupassen an das, was gegenwärtig als mögliche Zukunft erscheint.“ (Niklas Luhmann, Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2002, S. 154). Freier Wille und freie Wahl sind Instanzen der Legitimation und des Vollzugs kapitalistischer Gesellschaftlichkeit. Die Vergesellschaftung über den Wert ist keine direkte (Was wollen wir? Was tun wir?), sondern eine indirekte, eine fetischistische, wo sich die Menschen über Markt, Vertrag, Geschäft, Recht und Politik vermitteln. In der Politik geht es um Interessen gesellschaftlicher Rollen, nicht um die Bedürfnisse von Menschen. Wir anerkennen uns nicht direkt, sondern indirekt.

Marktwirtschaftliche Politik bedeutet Zwang zur Stimmenmaximierung, die nichts anderes als Stimmungsmaximierung sein kann. Es geht weniger um den Inhalt des Produkts als um den Verkauf zum richtigen Zeitpunkt. Politik wird gerade durch die Dimensionierung der Werbung und die daraus sich noch verstärkende Unterordnung des Inhalts unter die Form indiskret wie jede andere Ware.

Wähler:innen sind interessant als Zähler:innen. Es geht wie in der Ökonomie ums Quantum, d. h. um eine Akkumulation gleicher Einheiten.

Wählen meint heute nicht, sich qualitativ zu äußern, sondern sich quantitativ zuzuordnen. Stimmen werden nicht erhoben, sondern abgegeben. Wie der Arbeitskraftverkäufer auf bestimmte Zeit seine Arbeitskraft verkauft, so weisen Wähler:innen für festgeschriebene Fristen ihre Zustimmung zu. Das vermag auch kein noch so ausgeklügeltes System der Partizipation, etwa das der berüchtigten direkten Demokratie, aufzuheben. Im Gegenteil, letztere ist für Populismus und Demagogie sogar um vieles anfälliger als das Repräsentationssystem.

Was verstehe ich unter Antipolitik?

Die Frage, die Antipolitik stellt, ist die naheliegende, aber verdrängte und vergessene, nämlich was Politik kann, anstatt wie üblich zu behaupten, dass Politik, sei sie nur die richtige, kann, was sie will. Dass nicht Politiken, sondern Politik selbst, also das ganze System von politics, policy, polity ein grundlegendes Problem ist, wird ignoriert. Erst durch Antipolitik wird Politik selbst Gegenstand der Kritik. Wir wechseln von der politischen Kritik zur Kritik des Politischen.

Jedes Anti definiert sich vom Abstoßungspunkt her. Damit demonstriert es seine Entschiedenheit, aber auch seine Begrenztheit. Antipolitik agiert zwar vorerst weiterhin im politischen Feld, allerdings nicht mehr synthetisch affirmativ, sondern kritisch der Form gegenüber, die sie letztlich als einen zu negierenden Inhalt versteht. Sie tut dies in einem schizophrenen Bewusstsein. Antipolitisch meint also nicht unpolitisch. Antipolitik ist der Versuch, das eigene Wollen außerhalb der Politik zu denken und zunehmend dort zu verorten. Antipolitik will das Öffentliche weiten, ausdehnen; Möchte demonstrieren, dass Raum jenseits

des politischen Sektors machbar sein sollte.

Politik sagt: Wir nehmen die Interessen unserer Setzung wahr. Antipolitik sagt: Wir nehmen uns als Gegensatz unserer Setzung wahr. Wir sind nicht die, zu denen wir gemacht werden. Nicht der freie Wille ist Voraussetzung der Antipolitik, sondern der Unwille zur Entsprechung. Akteure des Lebens wollen wir sein, nicht Kunden des Geschäfts.

Das Verlangen der Politik orientiert sich an Geld, Recht und der vermeintlichen Macht. Immer wieder geht es um ein Justieren an Staat und Markt. Angesagt ist Bessern und Mildern, Kürzen und Schärfen. Die Form selbst gerät nicht in den Fokus der Erörterung. Der Trieb der Politik ist die Reform, der Trieb der Antipolitik ist die Transformation. Interesse verkündet nichts anderes als die Gegengerichtetheit von sozialen Rollenträger:innen in der bürgerlichen Gesellschaft. In diesem System sind sie Konkurrent:innen, nicht Kooperierende. Politik heißt, auf die Interessen von Charaktermasken zu setzen und auf sie abzustellen, Anti-Politik heißt, Menschen primär gegen ihre sozialen Zwangsrollen zu aktivieren. Das ist der Unterschied zwischen: „Ich nehme meine Interessen wahr“, also etwas mir durch Stellung im System Zugeordnetes, und „Ich nehme mich wahr“, „Ich will mich verwirklichen“. Individuieren heißt, sich selbst außerhalb seiner Rollen zu suchen.

Noch einmal: Politik heißt auf die Interessen von Charaktermasken, d.h. gesellschaftliche Rollen abzustellen, und diesen entsprechen zu wollen. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Das gemeinsame gesellschaftliche Hauptinteresse aller Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft ist übrigens recht banal, es lautet: „Mehr Geld!“ Wenn man von Bedürfnissen spricht, an



Heft 75-2019 (anti-)Politik

<https://www.streifzuege.org/>
Die Streifzüge sind Mitte der Neunzigerjahre als Informationsblatt eines wertkritischen Diskussionszirkels in Wien entstanden. Das Magazin versteht sich als ein Publikationsprojekt, das Kritik, Perspektive und Transformation miteinander zu verbinden versucht.

die anzuknüpfen wäre, gilt es sorgfältig zu unterscheiden und deren Beschaffenheit genau anzuschauen. Handelt es sich um Bedürfnisse von Rollenträger:innen = Interessen, oder um Bedürfnisse wider dem Rollenzwang = Ansprüche? Diese Ansprüche sind Widersprüche gegen die eigene Entsprechung. Sie sagen „Nein!“ und „Ich“.

Dissidenz, wie ich sie verstehe, ist nicht als politische Dissidenz zu entwickeln, sondern nur gegen die Politik möglich und angebracht. Antipolitik setzt sich als Kontrapunkt zur selbstverständlichen Akzeptanz der Politik, sie ist aber nicht einfach als dessen Jenseits zu fassen. Antipolitik steht für den Prozess einer Entwöhnung. Das Nein ist unabdingbar, aber nicht ausreichend. Im Zuge der gesellschaftlichen Transposition wird die Praxis verschiedene immanente wie transzendente Formen umfassen und amalgamieren. Da kann eins zweifellos aufgerieben werden, aber das wird man sonst auch, noch dazu mit höherer Wahrscheinlichkeit.

Die Krise der Parteienform, die sich natürlich am deutlichsten bei den (ehemaligen) Großparteien äußert, ist Folge der Krise der Politik, nicht umgekehrt. Nicht die Parteien stürzen die Politik in die Verdrossenheit, sondern das Formprinzip Politik verfault an seinen Instrumenten. Das Tun der Politiker:innen ist ein Können, kein Wollen. Mehr Fertigkeit denn Handlung, mehr Handwerk denn Kreation. Instinktiv haben die meisten Politiker:innen das auch begriffen, selbst wenn sie die Kapitulation vor den Verhältnissen nicht reflektieren wollen bzw. sie gar offen eingestehen, sondern verdrängen. Diese Kapitulation ist vielen ins Gesicht geschrieben. Das traurige Bild, das Politiker:innen abgeben, ist nicht den verschiedenen Akteur:innen zuzuschreiben, sondern der Form, in der sie agieren und die ihnen ihre

Beschränkungen setzt. Sie sind (um es in einem postmodernen Denglisch zu formulieren) geframed. So ist es auch verständlich, dass der/die Durchschnittspolitiker:in, der bzw. die oft aus durchaus idealistischen Motiven in die Politik eingetreten ist, meist zu einem abgeklärten und zynischen Typus Mensch wird. Es ist die unreflektierte Ohnmacht, die er oder sie empfindet, und doch nicht wahrhaben will. Freiheit und Gewissen, zumindest wie er oder sie sie zu denken gelernt hat, sind somit Schimären, Einbildung, nicht Wirklichkeit. Das obligate Politiker:innenschicksal lässt sich so beschreiben: Sie müssen sich dümmer stellen als sie sind, bis sie wirklich so dumm sind, wie sie sich stellen.

Aber diese Verdrossenheit ist nicht in erster Linie Folge unfähiger Politiker:innen, Menschen in Bann und Begeisterung zu ziehen. Die Ursache ist nicht dort zu suchen. Umgekehrt. Schlimmer als jene, die so fad und unattraktiv sind, dass sie uns aus Versammlungen, Sendungen, Magazinen vertreiben sind jene, die nicht einmal das sind, sondern im Gegenteil: populär. Die Trump, Orban, Kurz, Kickl, Stronach, Milei, um auch den neuesten politischen Sterntaler zu nennen. Also jene, die suggerieren können, es ginge schon, setzte man statt auf die konventionelle (sozialdemokratisch-konservativ-liberal-grüne) Einheitssorte auf die populistische Karte. Die Misere wird dadurch nur potenziert.

Lob der Politikverdrossenheit

Heute muss man sich ernsthaft die Frage stellen, und ich wundere mich stets, dass das niemand tut, ob die passive und massive Verweigerungshaltung von immer mehr Menschen nicht doch auch progressive Momente in sich birgt und daher das Bejammern der Politikverdrossenheit völlig danebengreift. Die relativ größte Gruppe der Wahlberechtigten

ist gegenwärtig jene, die sich dem Spektakel entzieht, ganz einfach nicht hinget oder ungültig stimmt. Natürlich mag man einwenden, dass deren Klassifizierung eine rein negative ist, also keine positive Gemeinsamkeit der Absenz konstatiert werden kann. Und konstruktiv ist sie schon gar nicht. Das stimmt schon, die Verdrossenheit offenbart keine wie immer geartete Option, aber eines ist sie doch: eine Absage.

Politikverdrossenheit ist vielmehr Ausdruck davon, dass die Macht der politischen Sphäre weitgehend Illusion gewesen ist und jetzt überhaupt verschwindet, dass politische Losungen geschweige denn Lösungen, immer weniger überzeugend wirken, die hohle Rhetorik offensichtlich ist, gerade auch weil die Wortwahl sich zuspitzt. Die Politikverdrossenen spüren das und deshalb flüchten sie der Politik.

Die banalste aller (ungestellten) Fragen dabei lautet: Warum sollen die Politikverdrossenen nicht politikverdrossen sein? Umgekehrt als üblich, ist daher festzuhalten: Nicht Verdrossenheit ist den Wählere:innn zu verübeln, eher ist zu fragen, warum so wenige noch verdrossen sind, warum das nur eine relative und keine absolute Mehrheit ist. Verdrossenheit ist jedenfalls die erste, wengleich noch primitive Reaktion auf das Gebotene, auf jeden Fall viel besser als der berüchtigte Denkwort, wo das Wählen ja nicht in Frage gestellt wird, sondern „gerade zu Fleiß“ stattfindet.

Politikverdrossenheit ist nun ein Empfinden, das sich zwar nicht auszudrücken versteht, aber sich auch kaum mehr beeindrucken lässt. Sie ist ziemlich unabhängig davon, wo die Menschen politisch stehen oder besser: gestanden sind. Sie kann alle ergreifen. Sie ist also eine klassenlose Regung, nicht Ausdruck eines subjektiven Interesses, sondern eines um sich greifenden antisubjektiven

Desinteresses. Hervorzuheben ist, dass sie sich nicht der Täuschung ausliefert, sondern sich als Enttäuschung zulässt, auch wenn sie diese noch nicht als solche zu begreifen vermag. Dieses Desinteresse kann emanzipatorisches Potenzial entwickeln, wenn es ihm gelingt, sich selbst zu reflektieren. Zur Zeit ist es nämlich nur ein Reflex.

Im Gegensatz zur Politikversessenheit, die weiterhin gebetsmühenhaft ihre Appelle und Postulate loslässt, ist die Politikverdrossenheit nicht willens sich aktiv zu artikulieren. Sie entzieht sich, verweigert sich, will einfach nicht. Sie findet nicht nur keine gemeinsame Sprache mit der Welt der Politik, sie hat überhaupt keine. Dieser Welt ist sie entflohen, ohne anderswo an Land gegangen zu sein. Sie ist also ein flüchtiges Dazwischen, ein Nicht-Mehr sowie auch ein Noch-Nicht. Sie setzt sich damit auseinander, indem sie sich wegsetzt. Auch anderen Pflichten entziehen sich diese ungeliebten Leute: Sie sehen nicht mehr die obligaten Programme, lesen nicht die obligaten Gazetten, ja sie sind zwar nicht rebellisch oder gar revolutionär, aber sie sind renitent, verdrängen ihr Unbehagen nicht, lassen es zu.

Die Verdrossenheit ist zwar keine politische Reaktion mehr, aber auch noch keine antipolitische, sondern eine hybride. D.h. sie verspricht sich von dieser Form der gesellschaftlichen Verallgemeinerung, eben der Politik, nichts mehr, hat aber keine Vorstellung von einer anderen, weil sie gleich den Politikgläubigen diese (von ihr nicht mehr bediente Form) trotzdem für die einzig mögliche und natürliche hält. Ihre schlichte Negation ist mehr praktisch als theoretisch.

Diese Leute erteilen nicht nur den traditionellen Formationen, sondern auch deren Scheinalternativen, dem Populismus und dem

Dr. Franz Schandl, Historiker
und Publizist, Herausgeber
und Redakteur der Zeitschrift
Streifzüge
www.streifzuege.org

Obskurantismus, eine kräftige Absage, Motto: Nicht mit mir! Das ist doch schon was. Warum beklagen? Der in Vorwahlzeiten zunehmende Weckruf, doch unbedingt wählen zu gehen und von den demokratischen Rechten Gebrauch zu machen, wirkt zusehends lächerlicher, er ist armseliger, aber staatstragender Kanon, den da Politiker:innen und Politikwissenschaftler:innen, Politikberater:innen und Populist:innen unisono in die Welt posaunen. Und das auch noch ohne Widerrede.

Mehr als die Verdrossenen stören die Unverdrossenen, d. h. jene Spezies Mensch, die scheinbar nichts erschüttern kann, die immer wieder auf billige Demagogie und plumpe Anmache hineinfallen, und sei es auch das sogenannte „kleinste Übel“, das es diesmal zu wählen gilt. Jene, die der Reklame folgen sind schlimmer als die der Reklame flüchten. Schlimmer als die Politikverdrossenheit ist doch die blindwütige Politikversessenheit, für die es keinen Grund mehr gibt, höchstens man will, dass es weiterläuft, wie es nicht mehr laufen kann.

Das Schlusswort möchte ich Karl Marx überlassen:

„Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse auf den Menschen selbst. Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische, unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person. Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ [eigenen Kräfte, F.S.] als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftlichen Kräfte nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist menschliche Emanzipation vollbracht.“ ■



Am 22.11.2023 fand in Kooperation mit der AK-Bibliothek in Eisenstadt eines der Bibliotheksgespräche aus der Vortragsreihe „Europa – Lernfeld kosmopolitischer Bildung“ mit dem Historiker und Publizisten Franz Schandl statt. Er sprach über Politik und Kritik, über Grenzen sowie Möglichkeiten der Politik. Die Politik ist mit der Verwaltung der Dauerkrisen beschäftigt, weniger mit Gestaltung. Er ging auf Antipolitik und Politikverdrossenheit ein. Antipolitik, so Schandl, will über das Mögliche hinausgehen. Als ein Mögliches nennt er das Prinzip der Freundschaft.